

Haushaltsrede 2009-02-04

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun hat es mich schneller erwischt als erwartet, eine Haushaltsrede zu halten.

Der Haushalt hat uns heftig beschäftigt. Unsere Positionen zu diesem Produkt waren nicht einfach zu finden, da weiterhin insbesondere in einem Teil des Haushaltes – dem Stellenplan – grundsätzliche Probleme sind, die kontraproduktiv zur überlegten haushaltswirtschaftlichen Zurückhaltung stehen.

In der Verwaltung muss die **Personalpolitik** der finanziellen Situation der Stadt angepasst sein. Ein Anstieg der Ausgaben durch steigende Personalkosten ist durch die Ergebnisse der Tarifverhandlungen immer gegeben. Das ist auch gut so. Ebenso können zusätzliche Arbeitsplätze notwendig werden. Wir halten es aber nicht für zielführend, die Gehaltsstufenstruktur so zu ändern, dass der Bereich Personalkosten, der schon über $\frac{1}{4}$ der Ausgaben des Haushaltes ausmacht, weiter künstlich ausgeweitet wird. Deshalb fordern wir eine Reduzierung der Leitungsebene von 6 auf 4 Stellen – wie es sie im übrigen bis vor kurzem noch gab. Die Stellenbildung soll sich an Aufgaben orientieren und nicht an Personen! Vielmehr liegt unser Schwerpunkt auf einer qualitativen Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Vorteile, wie relativ sicherer Arbeitsplatz, Fortbildungsmaßnahmen, Stufenpläne oder Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die Väter und Mütter gleichermaßen ansprechen, gehören neben anderen dazu.

An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an die Verwaltung, die zum dritten Mal sich diesem Projekt „**Neues Kommunales Rechnungswesen**“ genähert hat, zum Ausdruck bringen. Es ist bestimmt nicht einfach, die Zahlen so darzustellen, dass sie nicht zu Verwirrungen führen. Ihre Absicht – fußend auf Wünschen von uns Ratsfrauen und Ratsherren -, deshalb den Haushaltsplan lesbarer zu machen und auf Zahlenwerk zu verzichten, führte leider nicht zu einem Ergebnis, mit dem wir umgehen konnten. So einfach ließ sich das Problem leider nicht lösen. Und immerhin soll der Haushalt ein Bürgerhaushalt sein bzw. werden. Dann müssen die Zahlen für sich sprechen.

Die Darstellung des **Haushaltsplanes** war das eine Problem, hinzu kamen die Kürze der Zeit und der sehr spät eingebrachte Stellenplan, der ja Bestandteil des Haushaltsplanes ist – im Übrigen erst im Januar, nach der geplanten Zeit zur eigentlichen Verabschiedung des Haushaltes. Ich will jetzt gar nicht mehr auf das Procedere weiter eingehen, in den Ausschüssen wurde genug dazu gesagt. Wir haben daraus gelernt, so wird z.B. dem nächsten Haushalt 2010 zwischen Einbringung und Verabschiedung mehr Zeit eingeräumt.

„**Wir tun im Rahmen unserer Möglichkeiten das Sinnvolle und Richtige**“ - diesen Leitgedanken schicken Sie, Herr Bürgermeister Walther Ihrer Haushalts-Einbringungsrede voraus. Über das Sinnvolle und das Richtige lässt sich streiten, wobei wir sowohl Übereinstimmungen als auch Divergenzen haben.

Ich werde mich aber zunächst dem **Rahmen** unserer Möglichkeiten zuwenden, da dieser Rahmen unser städtisches Handeln mehr und mehr begrenzt als uns lieb ist.

Das Gesetz zum **Kommunalen Finanzausgleich** wurde mittelbar zu Ungunsten der Regions-Kommunen verändert. Die Erhöhung der Regionumlage ist die logische Antwort auf diese Veränderung. Eine grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen, die eine Abkehr von der Orientierung an der lokalen Wirtschaftskraft zum Inhalt hat und sich mehr dem lokalen Bedarf widmet, ist u. E. dringend erforderlich.

Der Nachholbedarf an kommunaler Infrastruktur ist enorm hoch, die Ausgaben hierfür – so das DifU – müssten sich in kürzester Zeit verdoppeln. Sehen wir vom **Bundeskonnunkturprogramm** ab, das gerade vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, von dem wir noch nicht wissen, was letztendlich unter welchen Bedingungen bei den Kommunen ankommt, so ist zukünftig mit der Stagnation oder gar mit dem Sinken von Steuereinnahmen und ebenso von Zahlungen von Bund und Land zu rechnen. Hinzu kommen erhöhte Sozialausgaben aufgrund der erhöhten Anzahl von Arbeitslosen. Und in Krisen bewegen wir uns ja z. Zt. ständig.

Auch das **Konnexitätsprinzip** muss fairer gehandhabt werden.

Dieser Rahmen bedarf dringend einer **Novellierung!** Wir dürfen nicht nachlassen, über die Städtetage und zu anderen Gelegenheiten auf diese verheerenden Bedingungen hinzuweisen und Änderungen zu fordern.

Ich glaube, da sind wir **d'accord**.

Kommen wir zu den **Inhalten**: Unsere Schwerpunkte oder ablehnenden Haltungen gegenüber Vorschlägen anderer Fraktionen oder der Stadtverwaltung orientieren sich daran, die Stadt lebenswerter zu machen und nicht daran, die Verwaltung oder andere Fraktionen zu ärgern. Das will ich hier mal festhalten.

Bündnis 90/ Die Grünen ist der **Klimaschutz** ein wichtiges Anliegen. Wir alle im Rat vertretenen Fraktionen haben uns gemeinsam auf die Erarbeitung eines Klimaschutzaktionsprogrammes geeinigt. Dabei legen wir von Bündnis 90 unser Hauptaugenmerk auf die Realisierung höchster Standards wie in unserem Antrag zur Baupflicht für die Nutzung erneuerbarer Energien bei Neubauten dargelegt wurde und der Eingang in das Klimaschutzaktionsprogramm finden wird.

An dieser Stelle wie auch im Zusammenhang mit weiteren Vorhaben (z.B. bei der Gebäudesanierung) möchten wir die Einbindung der lokalen Wirtschaft betonen. Bis 2020 ist das Ziel die Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 40 % gegenüber 1990. Hierfür müssen alle Anstrengungen unternommen werden, nicht zuletzt mit Hilfe der Vorbildfunktion der Stadt Ronnenberg.

Im umfangreichen Programm der **Gebäudesanierung** – im Übrigen: Hut ab vor dieser gründlichen Bestandsaufnahme – steht der Aspekt der energetischen Sanierung vorn. Eine richtige Entscheidung, die zukünftig auch Betriebskosten einsparen lässt. Das **Kavernen**-Erweiterungsvorhaben der GHG wird vor allem in Bezug auf

Umweltauswirkungen von unserer Seite kritisch begleitet. Die Erfordernisse des Umweltschutzes – normalerweise durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung abgegolten - sind im Bundesberggesetz unzureichend geregelt und daher werden die dort niedergeschriebenen Voraussetzungen für eine Betriebsgenehmigung ohne Probleme erfüllt.

Trotzdem: Hier ist es, um stellvertretend das Problem der Lärmemissionen zu nennen, wichtig, mit der GHG entsprechende Maßnahmen auszuhandeln.

Mit einem Antrag von Bündnis 90, CDU und FDP wird die **Jugendarbeit** durch eine Neukonzeption gestärkt. Das Jugendzentrum soll in das unmittelbare Umfeld der Marie-Curie-Schule und den Förderschulen verlegt werden, dort, wo sich die potenziellen Besucherinnen und Besucher eh aufhalten. Die Öffnungszeiten sollen in den Abend hinein ausgeweitet werden. Das aktive Zugehen auf Jugendliche – auch aufsuchende Jugendarbeit oder Streetworking genannt – ist Bestandteil des Konzeptes. Damit neue Aufgaben nicht auf dem Rücken des Personals ausgefochten werden, ist eine zusätzliche Stelle ab Juli im Haushaltsplan mit aufgenommen worden.

Unsere Grundschulen in **Ganztagsgrundschulen** umzuwandeln stehen wir positiv gegenüber. Eine moderne Schule ist mehr als ein Ort der Wissensvermittlung. Sie ist auch eine Stätte der Begegnung von Kindern aus unterschiedlichen Lebenskontexten, von Generationen und Kulturen. Der Aufbau von Ganztagsschulen ist eine komplexe und anspruchsvolle Schulentwicklungsaufgabe. Um ein Gelingen zu gewährleisten, sind zuverlässige Rahmenvorgaben und professionelle Prozessberatung erforderlich. Dazu gehören z. B. die baulichen, räumlichen und personellen Ausstattungen, schlüssige Konzepte. Wir werden unser Augenmerk darauf richten, dass nicht der zweite vor dem ersten Schritt gemacht wird.

Verpflichtungen zur Umsetzung einer aktiven, effektiven **Gleichstellungspolitik** im Sinne des Gender Mainstreaming ergeben sich sowohl aus internationalem Recht als auch aus Deutschlands nationalem Verfassungsrecht.

Ronnenberg hat hier eine ganze Menge nachzuholen. Die Stadtverwaltung hat ca. 70 % Mitarbeiterinnen (Teilzeit!), von denen sich z. Zt. noch eine in der Leitungsebene befindet. Welche Anstrengungen unternimmt eigentlich die Verwaltung, um den Frauenanteil in leitenden Positionen zu erhöhen?

Es gibt Kommunen, die jedes ihrer politischen Konzepte und Maßnahmen überprüfen, inwieweit sie Auswirkungen auf die Gleichstellung haben. Ein Instrument, und deshalb passt dieses Thema hierher, das auch unter finanziellen Gesichtspunkten nicht uninteressant ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!